



Vorlage VA_02/2021
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 25.10.2021

Anlage
1: Veränderungen 2021

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

Bericht über die aktuelle Finanzsituation

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme

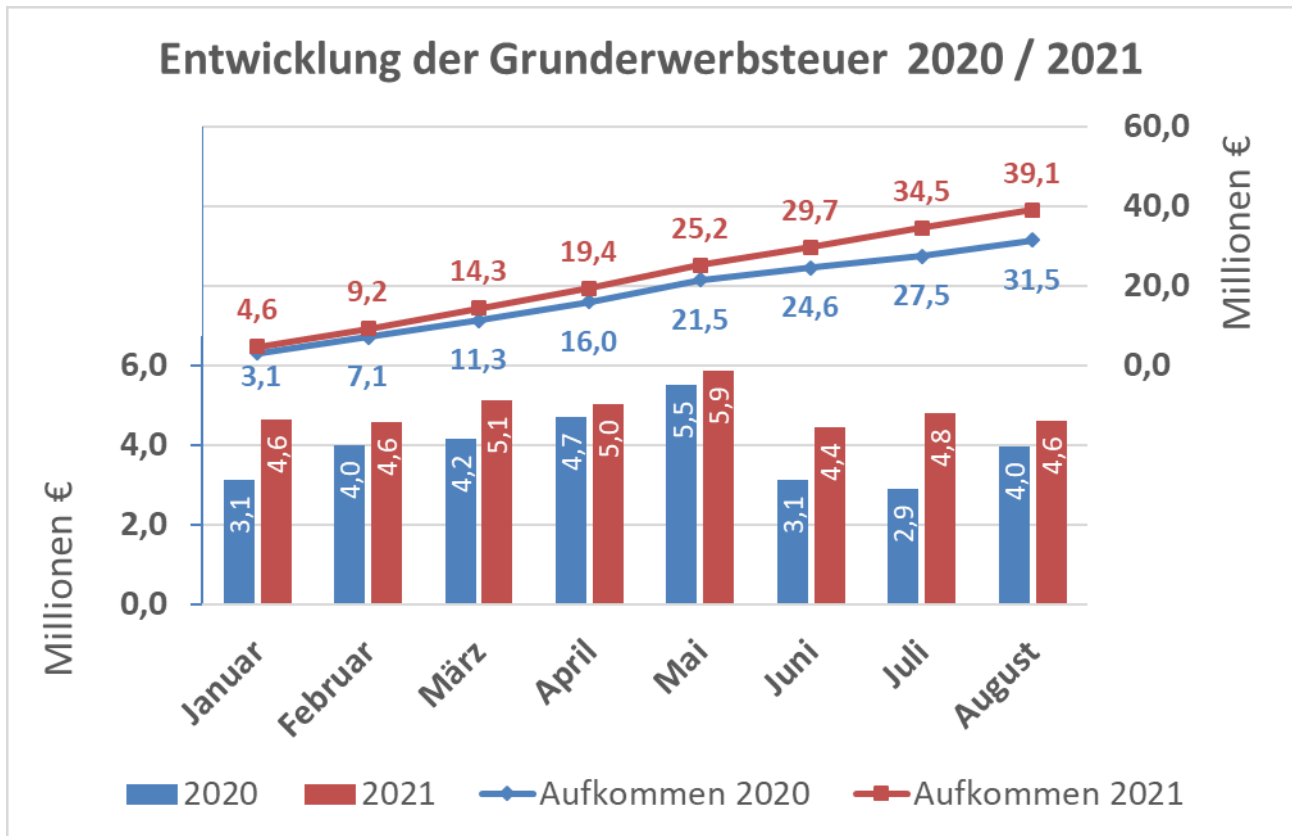
Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungsausschuss	Kenntnisnahme	25.10.2021	öffentlich

Sachverhalt und Begründung:

Folgende Entwicklungen haben sich seit dem letzten Bericht über die aktuelle Finanzsituation am 26.07.2021 (Vorlage VA_07/2021) abgezeichnet:

Die **Grunderwerbsteuereinnahmen** der ersten 8 Monate entwickeln sich deutlich besser als die Planung. Von Januar bis August 2020 lag das Aufkommen bei 31,5 Mio. €, während im gleichen Zeitraum 2021 schon 39,1 Mio. € erzielt werden konnten.



Dies ist eine Momentaufnahme. Von der aktuellen Entwicklung ausgehend kann mit einem Gesamtaufkommen von 55 Mio. €, d.h. 15 Mio. € über dem Planansatz, gerechnet werden. Im letzten Bericht hatten sich bereits Mehreinnahmen von 10 Mio. € abgezeichnet.

Bei den **Schlüsseluweisungen** wird der Planansatz von rund 58,7 Mio. € um 6 Mio. € überschritten. Die November-Steuerschätzung 2020 erbrachte eine Erhöhung des Kopfbetrags 2020 von 4 €. Die daraus resultierenden zusätzlichen Einnahmen von 1,9 Mio. € wurden mit der ersten Abschlusszahlung 2020 im Jahr 2021 ausgezahlt. Die Mai-Steuerschätzung ergab eine weitere Erhöhung des Kopfbetrages um 1 €, was rund 0,6 Mio. € Mehreinnahmen ergibt. Im Rahmen der Verhandlungen in der gemeinsamen Finanzkommission konnte eine weitere Erhöhung des Kopfbetrages auf 748 € zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen erreicht werden, was für den Kreis ein weiteres Plus von 3,5 Mio. € bedeutet.

Durch die im Juli von Bund und Land beschlossene Fortführung des **ÖPNV-Rettungsschirm** kann der Landkreis mit einem Ausgleich seiner im Haushalt 2021 veranschlagten Aufwendungen von rund 4 Mio. € rechnen. Diese Aufwendungen sollen Einnahmeverluste im Linienverkehr ausgleichen.

Die Hochrechnung der **Personalaufwendungen** für das Haushaltsjahr 2021 ergibt aktuell einen Einsparungsbetrag von 1,2 Mio. €. In diesen Einsparungen sind Mehraufwendungen für Personal berücksichtigt, das zusätzlich wegen der Corona-Pandemie beschäftigt wird.

Einsparungen ergeben sich insbesondere durch den aktuellen Tarifabschluss bei den Beschäftigten, da die Entgelterhöhung etwas geringer als kalkuliert ausgefallen ist. Außerdem haben wir Einsparungen bei den Honoraren der Volkshochschule sowie durch die Fluktuation, da viele Stellen nicht nahtlos wiederbesetzt werden können und teilweise mehrfach ausgeschrieben werden müssen.

Bei den von der **Corona-Pandemie** verursachten Aufwendungen bei Dezernat V gehen wir von weiteren Steigerungen aus. Man muss auch im Herbst/Winter dieses Jahres mit Personal- und Sachkosten rechnen. Allein für externes Personal rechnen wir bis zum 30.09. mit Aufwendungen von knapp 2 Mio. €. Bisher hat das Land 1,04 Mio. € erstattet. In einem Rundschreiben vom 12.08.2021 wurden weitere Auszahlungen aus dem Kommunalpaket 2021 angekündigt. Zur Abdeckung der Pandemiekosten erhält der Landkreis nochmals 627.000 € und für ausgefallene Elternbeiträge bei Kindertageseinrichtungen rund 70.000 €. Wenn es bei dieser Landeszuweisung bleibt und die geltend gemachten weiteren Aufwendungen nicht vom Land erstattet werden, bleiben am Landkreis voraussichtlich 2,2 Mio. € hängen – im Vergleich zum letzten Bericht 200.000 € mehr.

Bei den Hilfen des Fachbereichs 42 – **Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege** u.a. – bestätigt sich der Trend zu höheren Aufwendungen. Gegenüber dem letzten Bericht steigen die Aufwendungen nochmals um 1,7 Mio. €, was einen Mehraufwand von insgesamt rund 4,7 Mio. € ergibt. Beim **Arbeitslosengeld II** kann man statt mit 0,6 Mio. € jetzt mit 1,7 Mio. € Entlastung rechnen. Dies liegt unter anderem auch an einer Nachzahlung aus dem Jahr 2020. Außerdem zeigt die Hochrechnung bei den Leistungen der **Jugendhilfe** nun einen um 0,4 Mio. € geringeren Mittelbedarf.

Bei der **Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg** muss man nach dem vor kurzem vorgelegten Wirtschaftsplan mit Mehraufwendungen von rund 0,5 Mio. € rechnen.

Bei den **Kliniken** kann mit Einsparungen bei der Zins- und Tilgungserstattung des Kreises gerechnet werden, da durch Verzögerungen bei den geplanten Investitionen weniger Darlehen aufgenommen werden. Ferner werden die geplanten 4,3 Mio. € für einen möglichen Verlustausgleich bei den Kliniken nicht benötigt. Diese Einsparungen sollen für Klinik-Investitionen reserviert werden.

Ausblick

Die in Anlage 1 aufgezeigten Veränderungen ergeben eine Verbesserung von rund 30,7 Mio. € im Ergebnishaushalt. Dies hat zur Folge, dass der Landkreis anstelle eines geplanten Defizits im Ergebnishaushalt von rund 15,4 Mio. € voraussichtlich einen Überschuss von 15,3 Mio. € im Jahresabschluss 2021 ausweisen kann. Der Zahlungsmittelüberschuss bei den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit steigt von 2,5 Mio. € auf 32,3 Mio. €. Aus der geplanten Änderung des Finanzierungsmittelbestandes von minus 19 Mio. € wird ein Minus von 2,7 Mio. €. Dabei wurde unterstellt, dass die geplante Kreditaufnahme von 20 Mio. € erst im Jahr 2022 erfolgen wird. Dies ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die in Zukunft auf den Kreis zukommenden Aufgaben beim ÖPNV und bei den Kliniken.